

Kapitel 15 Die sicherheitspolitische Autonomie Europas und der hegemoneale Schatten der NATO

Markus Kaim und Ronja Kempin

Abstract: Der russisch-ukrainische Krieg ist zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrags noch nicht beendet, sicher ist aber bereits, dass er viele Verlierer kennen wird – im politischen, militärischen, finanziellen und physischen Sinn. Es wird jedoch auch einige Gewinner geben – die NATO ist einer davon. Das transatlantische Bündnis erlebt derzeit eine gewaltige Renaissance. Denn der Krieg in der Ukraine hat die politische Aufmerksamkeit der europäischen Gesellschaften wie die Washingtons gleichermaßen wieder auf die Grundfragen europäischer Sicherheit gelenkt, wie dies wohl seit den 1990er Jahren nicht mehr der Fall war. Damals leiteten die Vereinigten Staaten (USA) die Osterweiterung der NATO an und führten zwei Kriege auf dem Balkan.

Schlüsselwörter: Ukraine-Krieg, NATO, GSVP, Washington, sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit EU-USA

1. *Die USA als „europäische Macht“*

Die USA sind unter Präsident Joe Biden nach dem russischen Angriff auf die Ukraine ihren sicherheitspolitischen Verpflichtungen in und für Europa ohne Zögern nachgekommen und haben ihre Rolle als „europäische Macht“ kraftvoll unterstrichen. Seit dem Februar 2022 hat die Biden-Administration Kyjiw mit massiven Waffenlieferungen unterstützt, den Westen auf Wirtschaftssanktionen nie dagewesenen Umfangs eingeschworen und ihre Truppenpräsenz in Europa ausgebaut.¹ Ein Schwerpunkt der US-Truppenverstärkungen ist dabei die Ostflanke der NATO. Insgesamt haben die USA seit dem 24. Februar die Zahl ihrer Soldaten in Europa von rund 20.000 auf mehr als 100.000 erhöht. Zudem hat der US-Kongress bis Ende Oktober 2022 finanzielle Hilfen an die Ukraine in einer Gesamthöhe

1 Siehe zu den Details Arabia, Christina L./Bowen, Andrew S.: U.S. Security Assistance to Ukraine, CRS In Focus, 29. August 2022.

von 54 Milliarden US-Dollar bereitgestellt. Es ist schwer vorstellbar, dass es in den letzten 30 Jahren eine Zeit gab, in der die transatlantischen Beziehungen stärker im Bewusstsein der amerikanischen politischen Eliten gewesen sind.

Auch die Bundesregierung hat mit ihren Entscheidungen im Kontext der „Zeitenwende“ eine klare Positionierung an der Seite der Regierung Biden vorgenommen, die nicht zwingend zu erwarten gewesen war. Folgte die Regierung von Angela Merkel in der Sicherheitspolitik dem etwas diffusen Paradigma „Europäischer werden, um transatlantisch zu bleiben“, so ließ Bundeskanzler Olaf Scholz keinen Zweifel daran aufkommen, dass der Umgang mit der Krise nur in einem engen Schulterschluss mit Washington erfolgen könne. Seine Politik, nur diejenigen Waffensysteme an die Ukraine zu liefern, zu deren Lieferung auch Washington bereit sei, illustriert diesen Punkt beispielhaft, auch wenn einige Beobachter darin vor allem eine Ausrede sehen, nicht mehr Waffen bereitzustellen.² Diese uneingeschränkte transatlantische „Färbung“ der deutschen Sicherheitspolitik ist ein direktes Ergebnis des russischen Kriegs gegen die Ukraine und der amerikanischen Reaktion darauf.

Dieser Trend wird auch von der öffentlichen Meinung in Deutschland gedeckt: Deutsche und US-Amerikaner bewerten die bilateralen Beziehungen durchweg als sehr positiv. Aus deutscher Sicht erreicht die Bewertung aktuell den besten Wert seit 2017: 82 Prozent der Deutschen sehen das transatlantische Verhältnis in einem „guten“ oder „sehr guten“ Zustand. Noch im Jahr 2020 teilten nur 18 Prozent diese Einschätzung. Die USA bleiben außerdem der wichtigste Partner für die Deutschen (36 Prozent), noch vor Frankreich (32 Prozent). Vor allem beim Schutz und der Verteidigung Europas, z. B. im Rahmen der NATO, sehen 81 Prozent der Befragten die USA als Partner. Im Jahr 2021 lag der Wert noch bei 73 Prozent.³

2. Eine Momentaufnahme

Doch das Engagement der Regierung Biden zugunsten der Ukraine und der europäischen Sicherheit ist letztlich nur eine Momentaufnahme, über die man sich in den Hauptstädten Europas zwar freuen darf, die man

2 Vgl. Brössler, Daniel/Krüger, Paul-Anton/Szymanski, Mike: „Im Reinen mit sich und Joe Biden“, Süddeutsche Zeitung, 17. September 2022.

3 Vgl. die Angaben in: Körber-Stiftung (Hrsg.): The Berlin Pulse. Rethinking Security for Germany and Europe, Berlin 2022.

jedoch nicht als Grundlage der eigenen strategischen Planungen heranziehen sollte. Denn Russland und der Krieg in der Ukraine werden zwar in den kommenden Monaten und vielleicht sogar Jahren ein wichtiges Thema für Washington bleiben. Doch auch wenn die Unterstützung der Regierung Biden für die Ukraine in einer kurzfristigen Perspektive nicht nachlassen wird, wird Washington das derzeitige Niveau des diplomatischen Engagements, der Truppenentsendungen und der Ressourcenausstattung für Europa langfristig nicht aufrechterhalten können und wollen.

Denn die politische Hinwendung der USA zum indo-pazifischen Raum hält weiter an und Chinas machtpolitischer Aufstieg lenkt die Aufmerksamkeit der USA bereits wieder auf den Pazifik. Diese Priorisierung hat US-Außenminister Antony Blinken im Mai 2022 den Europäern klar kommuniziert:

„Auch wenn der Krieg von Präsident Putin weitergeht, werden wir uns weiterhin auf die schwerwiegendste langfristige Herausforderung für die internationale Ordnung konzentrieren – und die geht von der Volksrepublik China aus. China ist das einzige Land, das sowohl die Absicht hat, die internationale Ordnung neu zu gestalten, als auch in zunehmendem Maße über die wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht verfügt, dies zu tun. Pekings Vision würde uns von den universellen Werten abbringen, die in den letzten 75 Jahren einen Großteil des weltweiten Fortschritts ermöglicht haben.“⁴

Der Ausbruch eines militärischen Konflikts in Asien, bei dem China Taiwan angreifen könnte, würde die Prioritäten der USA sogar noch weiter und schneller verändern.⁵ Vor diesem Hintergrund werden die aktuelle US-Regierung, aber auch ihre Nachfolgerin, mit dem Dilemma konfrontiert sein, die politischen Erwartungen ihrer Verbündeten in Europa und Asien gleichermaßen zu erfüllen und die zur Abschreckung Russlands und Chinas erforderliche Truppenpräsenz gleichzeitig aufrechtzuerhalten. So mit droht eine politische Überlastung und militärische Überdehnung der USA, die aus einer Vielzahl von innenpolitischen Gründen keine Chance

4 Blinken, Antony J.: The Administration’s Approach to the People’s Republic of China, Rede an der George Washington University, Washington D.C., 26. Mai 2022.

5 Vgl. Francis, Ellen: „China plans to seize Taiwan on ‘much faster timeline’, Blinken says“, Washington Post, 18. Oktober 2022.

auf Umsetzung hat.⁶ Sowohl Washington als auch die europäischen Staaten müssen daher Überlegungen dazu anstellen, wie die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen im Lichte der geopolitischen Verschiebungen, die mit dem 24. Februar 2022 ihre äußere Form gefunden haben, neu zu justieren sind.

3. Amerikanische Ambivalenz

Die amerikanische Politik gegenüber einer stärkeren sicherheitspolitischen Rolle Europas ist nicht frei von einer gewissen Ambivalenz: Noch jeder US-Präsident hat die Europäer aufgefordert, mehr Geld für die Verteidigung auszugeben, aber das übergreifende Ziel der US-Politik bestand bislang nicht darin, Europa auch zu einer eigenständigeren politischen Rolle zu drängen. Im Jahr 2000 machte Lord George Robertson, der damalige NATO-Generalsekretär, auf diese Ambivalenz aufmerksam:

„Die Vereinigten Staaten leiden unter einer Art von Schizophrenie. Auf der einen Seite sagen die Amerikaner: ‚Ihr Europäer müsst mehr von der Last tragen‘. Und wenn die Europäer dann sagen: ‚OK, wir werden mehr von der Last tragen‘, sagen die Amerikaner: ‚Moment mal, wollt ihr uns sagen, wir sollen nach Hause gehen?‘“⁷

In den vergangenen Jahren, als der französische Präsident Emmanuel Macron den Vorstoß für eine stärkere sicherheitspolitische Rolle unter der Überschrift „strategische Autonomie“ anführte, befürchtete Washington einen erneuten Versuch, Europa von der NATO abzukoppeln.⁸ Infolgedessen haben die Vereinigten Staaten ihren Einfluss in Europa letztlich dazu genutzt, um diejenigen Bemühungen zu blockieren, die zu einem sicherheitspolitisch unabhängigeren Europa hätten führen können.⁹

6 Vgl. zu diesen Beschränkungen die Beiträge in: Overhaus, Marco (Hrsg.): *State of the Union, Langfristige Trends in der US-amerikanischen Innen- und Außenpolitik und ihre Konsequenzen für Europa*. In: SWP-Studie 6, Juni 2021, Berlin.

7 Zitiert in Drozdiak, William: „U.S. Tepid On European Defense Plan. EU Leaders Dismiss Worry About NATO“, Washington Post, 7. März 2000.

8 Vgl. dazu die Beiträge in Lippert, Barbara/von Ondarza, Nicolai/Perthes, Volker (Hrsg.): *Strategische Autonomie Europas. Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte*. In: SWP-Studie 2, Februar 2019, Berlin.

9 Vgl. Bergmann, Max: „Europe on Its Own. Why the United States Should Want a Better-Armed EU“, Foreign Affairs, 22. August 2022.

Auch die Regierung Biden tut sich bislang schwer, eine kohärente Strategie zu entwickeln, um ihre widerstreitenden Verpflichtungen auszubalancieren und die neu entdeckte Fokussierung Europas auf sicherheitspolitische Fragen für die eigene geopolitische Entlastung nutzbar zu machen. Zwar haben sich die Vereinigten Staaten in den vergangenen Monaten mit ihrer hegemonialen Stellung im euro-atlantischen Sicherheitsgefüge einmal mehr als unentbehrlich erwiesen. Aber sie haben die neue Dynamik bislang nicht dazu genutzt, um die strukturellen Probleme aktiv anzugehen, die die europäische Verteidigung seit Jahrzehnten plagen.¹⁰ Doch auf einen solchen externen Impuls scheinen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) angewiesen zu sein, da sie es sich in ihrer sicherheitspolitischen Unmündigkeit (zu) bequem gemacht haben. Insbesondere im Bereich der militärischen Fähigkeitsentwicklung bleiben die EU-Staaten nach wie vor zerstritten.

4. Neue Dynamik

Doch zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass Russlands Krieg gegen die Ukraine eine neue Dynamik in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ausgelöst hat. Diese lässt sich an drei Punkten ablesen:

4.1. Strategischer Kompass

Zum einen haben die Mitgliedstaaten den „Strategischen Kompass“ beschlossen: Seine Erarbeitung wurde in der zweiten Jahreshälfte 2020 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft initiiert und am 25. März 2022 unter französischer Ratspräsidentschaft durch die Billigung des Europäischen Rates abgeschlossen. Mit dem Dokument wollten sich die EU-Mitgliedstaaten einen ebenso ambitionierten wie realistischen Fahrplan für die Entwicklung von Fähigkeiten und Instrumenten geben, um in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik handlungsfähiger zu werden.

Russlands Einmarsch in die Ukraine hat dazu geführt, dass der Strategische Kompass noch einmal grundlegend überarbeitet wurde. Russland wird in dem 64-seitigen Dokument nunmehr als zentrale Bedrohung für

10 Vgl. Martin, Garret/Sinkonen, Ville: Past as Prologue? The United States and European Strategic Autonomy in the Biden Era, *European Foreign Affairs, Review* 27, Special Issue, 2022, S. 99–120.

die europäische Sicherheit bezeichnet. Um ihr zu begegnen, müssen die Komplementarität zwischen der EU und der NATO stärker verankert werden, die Verteidigungsausgaben in Europa steigen und die Bemühungen zur Abwehr hybrider Bedrohungen sowie von Cyberangriffen deutlich erhöht werden. Die Umsetzung der zahlreichen Vorhaben soll bis zum Jahr 2030 erfolgt sein, viele Ziele sollen bereits 2025 erreicht sein. Dazu zählt im Bereich des Krisenmanagements etwa die *Rapid Deployment Capacity* von bis zu 5.000 Einsatzkräften, die aufgebaut werden und regelmäßig gemeinsam üben soll, damit die EU bei Ausbruch einer Krise rasch und entschlossen handeln kann — „nach Möglichkeit mit Partnern und notfalls allein“.¹¹ Darüber hinaus sollen die militärischen Kommando- und Kontrollstrukturen der EU gestärkt und finanzielle Anreize für die Mitgliedstaaten geschaffen werden, Streitkräfte für zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) bereit zu stellen.

Neben dem Krisenmanagement der EU, das darauf abzielt, die USA als sicherheits- und verteidigungspolitischen Akteur in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU zu entlasten, misst der Strategische Kompass dem Themenkomplex „Fähigkeiten“ eine besondere Bedeutung zu. Zu den größten Schwachpunkten der europäischen Verteidigungspolitik gehören zweifelsfrei ein Mangel an koordinierten und verstärkten Investitionen in Verteidigungskapazitäten und innovative Militärtechnologien. Im Strategischen Kompass verpflichten sich die Mitgliedstaaten nunmehr dazu, auf eine volle Interoperabilität ihrer Streitkräfte hinzuwirken, kritische Fähigkeitslücken gemeinsam zu schließen sowie eine resiliente, wettbewerbsfähige und innovative industrielle und technologische Basis der europäischen Verteidigung zu schaffen.¹²

11 Rat der Europäischen Union: Ein Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung, 21. März 2022, S. 3.

12 Vgl. zum Strategischen Kompass der EU u.a. Kaim, Markus/Kempin, Ronja: Kompass oder Windspiel? Eine Analyse des Entwurfs für den „Strategischen Kompass“ der EU. In: SWP-Aktuell 2022/A 01, 5. Januar 2022; Rat der Europäischen Union: Ein Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung; Puglierin, Jana: Der Strategische Kompass: Ein Fahrplan für die Europäische Union als sicherheitspolitische Akteurin, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Arbeitspapier 7/2022.

4.2. Europäische Friedensfazilität

Zweitens nutzt die EU seit Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine die „Europäische Friedensfazilität“ (EPF), um die ukrainischen Streitkräfte zu unterstützen. Die EPF ist ein haushaltsexternes Instrument, mit dessen Hilfe die EU-Mitgliedstaaten die Fähigkeit der Union zur Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und Stärkung der internationalen Sicherheit verbessern wollen. Die EPF ist 2021 an die Stelle der früheren Finanzierungsinstrumente in diesem Bereich getreten, des Athena-Mechanismus und der Friedensfazilität für Afrika. Gleichzeitig ist ihr Anwendungsbereich ausgeweitet worden: Über die Friedensfazilität können operative Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen finanziert werden. Um Drittstaaten, regionale oder internationale Organisationen sicherheits- und verteidigungspolitisch zu stärken, können über die finanziellen Mittel der EPF Kapazitäten im Militär- und Verteidigungsbereich gestärkt und/oder militärische Aspekte von Friedensunterstützungsoperationen unterstützt werden. Für den Zeitraum 2021–2027 ist die EPF mit einem Finanzvolumen von 5,692 Milliarden Euro ausgestattet.¹³

Mehr als die Hälfte dieses Finanzrahmens haben die EU-Mitgliedstaaten 2022 ausgeschöpft, um die ukrainischen Streitkräfte militärisch auszustatten und auszurüsten. Am 17. Oktober 2022 einigte sich der Rat darauf, die Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine auf 3,1 Milliarden Euro aufzustocken. Vier Tage nach Beginn der russischen Angriffe auf die Ukraine hatten die EU-Mitgliedstaaten bereits 500 Millionen Euro an Unterstützungs geldern freigegeben. Es folgten weitere Leistungen im März, April, Mai und Juli 2022.¹⁴ Der Löwenanteil der EU-Gelder fließt in schwere militärische Ausrüstung. Ein kleinerer Betrag steht für Ausrüstung und Hilfslieferungen wie persönliche Schutzausrüstung, Verbandskästen und Kraftstoff zur Verfügung. Zunehmend werden aus den Geldern der EPF auch die Wartung und Reparatur bereits gespendeter Waffensysteme ermöglicht.¹⁵

Doch nicht nur zugunsten der Ukraine setzt die EU in bislang unbekanntem Maße Gelder für verteidigungspolitische Zwecke frei. Auch die Mitgliedstaaten erhalten Anreize, Rüstung gemeinsam zu beschaffen. Neben dem im EU-Haushalt für die Jahre 2021–2027 eingerichteten langfris-

13 Amtsblatt der Europäischen Union: Beschluss (GASP) 2021/509 des Rates vom 22. März 2021 zur Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2015/528, 24. März 2021, S. L102/14—L102/17.

14 Rat der Europäischen Union: Zeitleiste – Europäische Friedensfazilität, 2022.

15 Ebd.

tigen Finanzierungsinstrument des „Europäischen Verteidigungsfonds“, mit dem gemeinsame Forschung und Entwicklung von Verteidigungskapazitäten gefördert werden soll, hat die EU-Kommission im Juli 2022 zudem vorgeschlagen, ein kurzfristiges Instrument zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) für den Zeitraum 2022–2024 einzurichten. Mit diesem Instrument, das mit 500 Millionen Euro ausgestattet sein soll, können die Mitgliedstaaten gemeinsam den dringendsten Bedarf an Verteidigungsgütern decken, der ihnen durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine entstanden ist. Schließen sich mindestens drei Mitgliedstaaten bei der gemeinsamen Beschaffung der am meisten benötigten Verteidigungsgüter zusammen, können diese Gelder aus dem temporären Finanzierungsinstrument beantragen.¹⁶

4.3. EUMAM Ukraine

In Folge des russischen Kriegs gegen die Ukraine haben die Europäer schließlich drittens die GSVP im allgemeinen gestärkt. Dänemark, das der GSVP seit ihrer Verankerung im Vertrag von Maastricht fern geblieben war¹⁷, entschied sich Anfang Juni 2022 dazu, sein *Opt-Out* zu beenden. Darüber hinaus haben die 27 EU-Staaten am 17. Oktober 2022 beschlossen, eine Mission zur Unterstützung der Ausbildung ukrainischer Militärangehöriger einzurichten, die *EU Military Assistance Mission in support of Ukraine* (EUMAM Ukraine). Das Ziel dieser neuen GSVP-Mission ist ehrgeizig: Auf eigenem Territorium wollen die EU-27 in einem ersten Schritt etwa 15.000 Angehörige des ukrainischen Militärs ausbilden und die Ausbil-

16 Europäische Kommission: EU stärkt europäische Verteidigungsindustrie mit 500-Millionen-Euro-Instrument, Vertretung in Deutschland, Pressemitteilung, 19. Juli 2022.

17 Dänemark verfügt über eine so genannte „Opt-Out Klausel“. Diese wurde als Teil des Edinburgh-Abkommens von 1992 eingeführt, einem Text, der speziell entwickelt wurde, um es Dänemark zu ermöglichen, den Vertrag von Maastricht von 1991 zu ratifizieren. Die dänische Bevölkerung hatte diesen mit 50,7 Prozent knapp abgelehnt. Das Abkommen schlug maßgeschneiderte Bestimmungen vor, die Dänemarks Beteiligung in vier Bereichen, in denen die EU-Integration vertieft werden sollte, klarstellten: Staatsbürgerschaft, Justiz und Inneres, Währungsunion und Verteidigung. In der Verteidigung zog sich das Land aus allen Entscheidungen zurück. Wurden Verteidigungsthemen angesprochen, verließ der Vertreter Dänemarks den Rat der Außenminister. Vgl. Grobe, Stefan/Liboreiro, Jorge: „Dänemarks überraschende Kehrtwende in der gemeinsamen Verteidigungspolitik der EU“, Euronews, 7. März 2022.

dung, die das Vereinigte Königreich seit Juni mit Hilfe mehrerer europäischer Armeen anbietet, darunter Schweden, die Niederlande und Dänemark, ergänzen.¹⁸ 12.000 Ukrainer sollen über die EU eine militärische Grundausbildung, 2.800 eine Spezialausbildung erhalten. Die zwei Hauptquartiere der EUMAM Ukraine werden sich in Polen und Deutschland befinden. Berlin strebt an, etwa 8.000 bis 9.000 ukrainische Soldaten auszubilden.

5. Ambivalenz der EU-Mitgliedstaaten

Das Beispiel der EUMAM Ukraine zeigt trotz aller Entschlossenheit jedoch gleichzeitig, dass die Interessen der EU-Mitglieder auch in Kriegszeiten weit auseinander liegen. Nicht nur setzen die Mitgliedstaaten ihre bereits begonnenen nationalen Ausbildungsanstrengungen fort. Vielmehr hat ein Streit zwischen Deutschland und Polen um die Führung der EUMAM Ukraine zur Folge gehabt, dass die Mission deutlich später aufgenommen werden kann, als geplant.¹⁹ Auch die Rüstungszusammenarbeit in der EU tritt auf der Stelle. Während nahezu alle EU-Mitgliedstaaten in Folge des russischen Kriegs gegen die Ukraine ihre Militärausgaben steigern, treffen sie ihre Investitionsausgaben selten entlang der Ziele, die sie im Strategischen Kompass vereinbart haben. Auch die Gelder des Europäischen Verteidigungsfonds, um die sich die Mitgliedsländer bewerben können, wenn sie eine Beschaffung gemeinsam tätigen wollen, werden nur selten für militärisches Großgerät genutzt.

Im Juli 2022 hat eine Evaluierung der im Winter 2017 begonnenen *Permanent Structured Cooperation* (PESCO) enthüllt, dass die Mitgliedstaaten diesen Rahmen nicht voll nutzen. Obgleich sie politisch den Mehrwert der PESCO unterstreichen, blieben die Fortschritte bei der Umsetzung der Initiative hinter den Erwartungen zurück: Sie geben ihr Geld nicht gemeinsam aus, planen nicht europäisch und von den wenigen Projekten, die funktionieren, gehe keine Dynamik aus. Ihre Verteidigungsplanungsbemühungen hätten die Mitgliedstaaten nicht so zusammengeführt, um gemeinsam die Zukunft planen zu können; die Verteidigungsinitiativen der EU würden weder ausreichend noch systematisch in der nationalen

18 Rat der Europäischen Union: Ukraine: EU richtet militärische Unterstützungsmission zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte ein, Pressemitteilung, 17. Oktober 2022.

19 Jacqué, Philippe: „L'UE établit officiellement sa mission de formation militaire pour l'Ukraine“, Le Monde, 16. Oktober 2022.

Planung und Entscheidungsfindung berücksichtigt. Von den 60 Projekten, die die Mitgliedstaaten seit 2017 im Rahmen der PESCO vereinbart haben, wird etwa die Hälfte in der Lage sein, konkrete Ergebnisse zu liefern. Die übrigen steckten gleichwohl noch in den Kinderschuhen oder erweisen sich als dysfunktional. Dazu zählen auch 20 der 26 als vorrangig eingestuften Projekte.²⁰

6. Fazit: Wie weiter?

Die Regierung Biden, noch viel mehr aber eine mögliche republikanische Administration ab dem Januar 2025, werden über kurz oder lang eine Strategie verfolgen (müssen), um die Staaten Europas dazu zu bringen, ihre Sicherheit stärker selbst in die Hand zu nehmen, und Europa von einem abhängigen Sicherheitsempfänger zu einem gleichberechtigten Sicherheitsanbieter zu machen.²¹ Nachdem die Vorstellung einer vollständig autonomen sicherheitspolitischen Identität der EU in Abgrenzung zu den USA erst einmal an Bedeutung verloren hat, sollten beide Seiten eine Doppelstrategie verfolgen.

Zum einen sollten die europäischen Mitglieder der NATO den Krieg in der Ukraine zum Anlass nehmen, um über die Schaffung eines europäischen Pfeilers innerhalb des NATO-Bündnisses Einvernehmen herzustellen. Diese Idee ist im Kern nicht neu, aber niemals wirklich mit Leben erfüllt worden. Militärisch weisen die Beschlüsse des Madrider Gipfels im Juni 2022 bereits einer stärkeren europäischen Rolle den Weg, aber was der politische Mehrwert eines europäischen Pfeilers des Bündnisses in dem veränderten geopolitischen Umfeld ist, muss nun von den Europäern strategisch entwickelt werden. Als Leitlinie dieses Prozesses sollte die Erkenntnis dienen, die Beziehungen zwischen NATO und EU weiter zu intensivieren, indem die Komplementarität beider Organisationen weiter ausbuchstabiert wird.

Zum zweiten sollte die EU ihren bereits eingeschlagenen Weg zu einer stärkeren sicherheits- und verteidigungspolitischen Rolle in enger Abstimmung mit den USA weiter beschreiten. Ziel wäre dabei, die Frage der europäischen Verteidigung als Reaktion auf die russische Invasion neu

20 Gros-Verheyde, Nicolas: „Cinq ans après, la PESCO à la peine. Un rapport pointe de grosses lacunes“, Bruxelles2.eu, 8. September 2022.

21 Vgl. Wittig, Peter: „How to Trump-Proof the Transatlantic Alliance. First, Europe Must Realize That He Might Return“, Foreign Affairs, 6. Oktober 2022.

zu justieren und damit eine neue Ära transatlantischer Sicherheitskooperation einzuleiten. Dieses Bestreben könnte sich etwa in einer EU-US Rüstungspartnerschaft niederschlagen. Nach wie vor scheitert eine gemeinsame europäische Rüstungsplanung und -beschaffung daran, dass viele EU-Staaten meinen, ihrer tiefen Verbundenheit mit den USA durch den Kauf amerikanischer Rüstungsprodukte den deutlichsten Ausdruck zu verleihen. Eine Abstimmung zwischen Washington und der EU-Kommission über eine gemeinsame Agenda wäre ein deutliches Signal der USA an seine europäischen Partner.

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat die USA nach Europa zurückgebracht. Er hat Washington gleichzeitig vor Augen geführt, dass es geeinte, handlungsfähige und gut gerüstete europäische Partner braucht – nicht zuletzt, um den nötigen Bewegungsspielraum im Indo-Pazifik zu bekommen. Unter dem Eindruck des Kriegs in Europa haben die EU-Mitgliedstaaten ihrerseits ihre Verteidigungsanstrengungen deutlich erhöht. Beide Seiten sollten diese Entwicklungen nutzen, um eine neue transatlantische Sicherheitsagenda zu schließen, hinter die es kein Zurück gibt. Das diesbezügliche „Fenster der Gelegenheit“ steht noch bis Januar 2025 offen.

Literaturverzeichnis

- Amtsblatt der Europäischen Union: Beschluss (GASP) 2021/509 des Rates vom 22. März 2021 zur Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2015/528, 24. März 2021, S. L102/14—L102/17, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021D0509&from=de>, 14.11.2022.
- Arabia, Christina L./Bowen, Andrew S.: U.S. Security Assistance to Ukraine, CRS In Focus, 29. August 2022, <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF12040>, 14.11.2022.
- Bergmann, Max: „Europe on Its Own. Why the United States Should Want a Better-Armed EU“, Foreign Affairs, 22. August 2022, <https://www.foreignaffairs.com/europe/europe-its-own>, 14.11.2022.
- Blinken, Antony J.: The Administration’s Approach to the People’s Republic of China, Rede an der George Washington University, Washington D.C., 26. Mai 2022, <https://www.state.gov/the-administrations-approach-to-the-peoples-republic-of-china/>, 14.11.2022.
- Brössler, Daniel/Krüger, Paul-Anton/Szymanski, Mike: „Im Reinen mit sich und Joe Biden“, Süddeutsche Zeitung, 17. September 2022.
- Drozdiak, William: „U.S. Tepid On European Defense Plan. EU Leaders Dismiss Worry About NATO“, Washington Post, 7. März 2000.

Rat der Europäischen Union: Ukraine: EU richtet militärische Unterstützungsmission zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte ein, Pressemitteilung, 17. Oktober 2022, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/10/17/ukraine-eu-sets-up-a-military-assistance-mission-to-further-support-the-ukrainian-armed-forces/?amp;amp>, 14.11.2022.

Rat der Europäischen Union: Zeitleiste – Europäische Friedensfazilität, 2022, <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/european-peace-facility/timeline-european-peace-facility/>, 14.11.2022.

Wittig, Peter: „How to Trump-Proof the Transatlantic Alliance. First, Europe Must Realize That He Might Return“, Foreign Affairs, 6. Oktober 2022, <https://www.foreignaffairs.com/europe/how-to-trump-proof-transatlantic-alliance>, 14.11.2022.

